

Thorner Zeitung



Begründet

anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker und Podgorz 1,80 M., durch Boten frei ins Haus gebracht 2,25 M., bei allen Postanst. 2 M., durch Briefträger 2,42 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstraße 11.
Telegr. Abt.: Orléans. — Fernsprecher: Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: August Schäfer in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung G. m. b. H., Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgesparte Petitzelle oder deren Raum 15 Pf. Reklamen die Petitzelle 30 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis spätestens 2 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle.

Nr. 113.

Sonntag, 14. Mai

Erstes Blatt.

1905.

Cageschau.

* Die Angelegenheit der Gräfin Montignoso soll nun endgültig geregelt worden sein.

Der außerordentliche Verbandstag deutscher Hochschulen hat seine Beratungen in Weimar zu Ende geführt.

* In Nischny-Novgorod wurde ein Gendarmerie-Oberst auf der Straße ermordet.

* Auch im Gouvernement Taurien haben Judenverfolgungen stattgefunden.

* Die Vereinigung der russischen Geschwader ist nunmehr erfolgt.

* Russische Kriegsschiffe aus Wladiwostok haben an der Nordküste von Japan mehrere japanische Kaufahrer angehalten, aber wieder freigelassen.

* An der Front der russischen und der japanischen Landarmeen kam es zu heftigen Vortruppenkämpfen.

Vertreter des Handwerks beim Grafen Posadowsky.

Eine Abordnung des Ausschusses des Deutschen Handwerks- und Gewerbeausschusses wurde vom Grafen von Posadowsky empfangen, um ihm eine Reihe von Wünschen auf dem Gebiete des Handwerkerrechts vorzutragen. Bei der etwa einstündigen Besprechung wurden namentlich die Fragen der Invalidenversicherung der selbstständigen Handwerker und Hausgewerbetreibenden, der Zuziehung der führenden Handwerksorganisationen bei wichtigen, das Handwerk betreffenden Maßnahmen und besonders eingehend diejenige einer sachgemäßen Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk erörtert. Der Staatssekretär wies auf die einer Ausdehnung der Zwangsversicherung entgegenstehenden schwerwiegenden Bedenken hin, stellte aber in Aussicht, daß bei einer späteren Änderung des Gesetzes die Möglichkeit erleichterter Bedingungen für die freiwillige Versicherung sorgsam erwogen werden sollte. Die Einbeziehung aller Hausgewerbetreibenden in die Invalidenversicherung sei als erstrebenswertes Ziel im Auge zu behalten. In Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Beteiligten sei zunächst die Frage einer gesetzlichen Ausdehnung der Krankenversicherung in Angriff genommen worden. Die Abordnung erkannte an, daß auch schon dann, wenn diese Ausdehnung gelänge, ein großer Teil der vorhandenen Übelstände beseitigt werden würde. Graf Posadowsky gab weiterhin seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, in geeigneten Fällen den Auschluß als gutachtlische Körperschaft zu Rate zu ziehen. Die Herren der Abordnung äußerten sich sodann über die Unzuträglichkeiten, die der Mangel einer Begriffsbestimmung für "Fabrik" und "Handwerk" namentlich infolge der Doppelbefreiung vieler Betriebe sowie der Ausscheidung gerade der besten und leistungsfähigsten Handwerksbetriebe aus den Handwerksorganisationen mit sich bringe. Demgegenüber betonte Graf Posadowsky zwar die großen Schwierigkeiten, die einer allseitig befriedigenden Lösung der hier bestehenden Zweifel entgegenstanden, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß es den weiteren Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts auf Grundlage der vom Handelsminister ausgearbeiteten Denkschrift doch gelingen werde, die Unzuträglichkeiten mindestens doch ganz erheblich herabzumindern. Dabei sei allerdings dem berechtigten Wunsche tunlichst Rechnung zu tragen, Betriebe die trotz ihrer Größe die handwerksmäßige Betriebsart beibehalten, nicht lediglich ihres Umfangs wegen zu Fabriken zu stempeln. Freilich müßten hier auch die Handwerker selbsttätig mitwirken und statt des Drängens nach der Bezeichnung als "Fabrikant" eine Ehre in Führung der schönen alten Bezeichnung als "Meister" eines Handwerkes sehen. Auf die allgemeineren Fragen der Handwerkerpolitik übergehend, sprach der Staatssekretär beim Schlus des Empfanges seine Überzeugung aus, daß auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Handwerk eine angesuchte und wirtschaftlich bedeutungsvolle Stellung in unserem wirtschaftlichen Leben behaupten könne; dazu sei aber freilich auch

nötig, daß noch mehr als seither für die technische Ausbildung geschehe, daß dem Handwerk die besten Maschinen und Methoden und billige Betriebskräfte dienstbar gemacht, namentlich auch gemeinsame Arbeitsmaschinen benutzt werden, und daß erste Fachausstellungen den Geschmack und das Verständnis des Publikums und der Handwerker selbst für den Gebrauchswert wirklich schön und dauerhaft gearbeiteter Sachen neu beleben.



Der Vertrag der Gräfin Montignoso. Der neue Vertrag, den der sächsische Justizminister Dr. Otto mit der Gräfin Montignoso in Florenz vereinbart hat und der jetzt der Genehmigung des Königs von Sachsen unterliegt, die unzweifelhaft erfolgen wird, weist wie man schreibt folgende Hauptpunkte auf: 1. Die Gräfin verzichtet auf die sächsische Staatsangehörigkeit. 2. Sie liefert die Prinzessin Pia Monica ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Vertrages an den sächsischen Hof aus. 3. Die Gräfin erhält eine monatlich zahlbare jährliche Apange von 40.000 Mark (früher 30.000 Mark). 4. Der sächsische Hof gibt der Gräfin Gelegenheit, alljährlich ihre Kinder zu sehen. Der Vertrag ist zu Stande gekommen durch einen Briefwechsel des Großherzogs von Toskana mit dem König von Sachsen, ferner durch den Einfluß der langjährigen Freundin der ehemaligen Kronprinzessin, der Gräfin Fugger, die schon in Wartegg in der Schweiz weilte und sich jetzt in Florenz aufhält. Zur späteren Auslieferung der Prinzessin Pia Monica hat sich die Gräfin Montignoso nur auf die Aussicht hin entschlossen, ihre übrigen Kinder wiedersehen zu dürfen. Hoffentlich ist die Angelegenheit für die Öffentlichkeit nun erledigt.

Der Reichstag erledigte am Freitag außer einigen Rechnungssachen das internationale Pariser Sanitätsabkommen vom 3. Dezember 1903 in dritter Lesung und beschäftigte sich sodann mit Petitionen. Da das Haus wieder nicht beschlußfähig war, so wurden vielfach wichtige Petitionen von der Tagesordnung abgesetzt, jedoch kam es zu einer längeren Debatte und auch zur Beschlusssatzung über die Petitionen betr. die Unterdrückung schlechter Litteratur- und Kunsterzeugnisse, wie ihr offizieller Titel lautet, das heißt, die Peitenten haben nichts mehr und nichts weniger im Sinn, als den Erlass einer neuen verschärften lex Heinze. Abg. Rören vom Zentrum suchte es so hinzustellen, als wenn es sich lediglich um das Verlangen einer stärkeren Bekämpfung und Abwehr des Schmuzes in Literatur und Kunst handele, fand aber damit auf der Linken, die durch frühere Erfahrungen genügend gewischt war, keinen Glauben, die sozialdemokratischen Abgeordneten Heine und Stadthagen, sowie Abg. Lengmann von der Freisinnigen Volkspartei bekämpften entschieden das Streben, Kunst und Literatur noch in weiterem Maße dem diskretionären Ermessen der Polizei auszuliefern. Auch die Nationalliberalen erklärten sich in ihrer Mehrheit gegen die Petition. Der Abg. Pahig befürwortete einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, Zentrum, Rechte und Antisemiten setzten es durch, daß die Petition entsprechend dem Kommissionsbeschuß zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Weiterhin ist noch hervorzuheben, daß Petitionen aus Gastwirtschaften um Einschränkung des Flaschenbierhandels zur Erwiderung überwiesen wurden. Damit die Kommission ihre Arbeiten fertigstellen kann, wurde die nächste Sitzung erst auf Donnerstag, den 18. Mai, anberaumt mit der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Entlastung des Reichsgerichts in Zivilsachen.

Zur Reichsgewerbeordnung ist beim Reichstag ein Antrag Blell eingegangen, unterzeichnet von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen. Danach soll der § 44 Absatz 1 der Gewerbeordnung, der lautet: "Wer ein stehendes Ge-

werbe betreibt, ist befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch in seinem Dienste stehende Reisende für die Zwecke seines Gewerbebetriebes Waren aufzukaufen und Bestellungen auf Waren zu suchen", folgenden Zusatz erhalten: "Diese Vorschrift gilt auch für Handlungssagenten, die ein stehendes Gewerbe betreiben, in Unsehung der Befugnis, als Vermittler oder Vertreter des Geschäftsherrn den Ankauf von Waren vorzunehmen oder Bestellungen auf Waren zu suchen."

Die Verabschiedung der Novelle zum Börsengesetz noch vor Vertrag des Reichstages wird, wie nach der "Kölner Volkszeitung" aus parlamentarischen Kreisen verlautet, von der Regierung dringend gewünscht. Die maßgebenden Parteien des Hauses scheinen nicht abgeneigt zu sein, wenigstens den Versuch zu machen, das Gesetz noch zur Verabschiedung zu bringen. Ob der Versuch gelingt, das wird zum großen Teil auch davon abhängen, ob sich die erforderliche Zeit dazu findet und ob der Reichstag eine einigermaßen gute Befreiung aufweist.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes füllt wieder ein starkes Druckheft der "Amtlichen Nachrichten". Bei der Fülle des gebotenen Materials ist es unmöglich, im Rahmen eines kurzen Artikels eine Inhaltsangabe des Berichtes zu geben. Wir unterlassen daher jegliche Wiedergabe von Zahlen und geben nur einzelne, besonders bemerkenswerte Punkte über die vom Reichsversicherungsamt gemachten Erfahrungen hervor. Das Reichsversicherungsamt hatte im Berichtsjahr noch eine weitere Anzahl von Heilanstalten ermittelt, die sich ausschließlich oder fast ausschließlich mit der Behandlung von Unfallverletzten befassen. Diese wurden unter Zugabe von Vertretern der Berufsgenossenschaften und der Arbeiter revidiert, eine andere, die schon besichtigt war, einer unvermuteten Revision unterzogen. Die Revisionen hatten ein befriedigendes Ergebnis. Das Reichsversicherungsamt hebt ausdrücklich hervor, daß die bei den Revisionen gepflanzten persönlichen Erörterungen mit den Anstaltsleitern in einzelnen Fällen zur Beseitigung unrichtiger oder mißverständlicher Auffassungen unter den Beteiligten geführt haben. Die Arbeiterhilfsforschungen haben sich im Berichtsjahr etwas vermindert und sind vom Reichsversicherungsamt ebenso wie in früheren Jahren erledigt worden. Der Umstand, daß aus dem Gebiete der Krankenversicherung zahlreiche Eingaben an das Reichsversicherungsamt gelangen, deren Erledigung wegen Unzuständigkeit abgelehnt werden muß, beweist, daß bei den Beteiligten das Fehlen einer einheitlichen Oberinstanz in Krankenversicherungssachen als Mangel empfunden wird. Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung ist es besonders erfreulich, daß verschiedene Versicherungsanstalten von dem Rechte, Mehrleistungen gemäß § 45 des Gesetzes zu gewähren, Gebrauch gemacht haben; auch die Einrichtung von Invalidenhäusern hat einige Fortschritte gemacht. Bei der Kontrolle der Beiträge hat sich gezeigt, daß bei einer erheblichen Steigerung der Kontrolle sich unverkennbar bedeutende Erfolge gezeigt haben. In der Tat läßt sich auf diesem Gebiete noch viel erreichen. Die vielen Schadenersatzklagen aus unterlassener Beitragsleistung beweisen es, daß die letztere immer noch viel zu wünschen übrig läßt.

Eine Reichstagsersatzwahl ist im Wahlkreis Oberbarnim nötig geworden, nachdem der Reichstag am Donnerstag die Wahl des Abg. Prof. Pauli (Reichspartei) für ungültig erklärt hat. Bei der Wahl von 1903 waren im ersten Wahlgange 6929 freikonservative, 2904 Stimmen der Freisinnigen Volkspartei und 7202 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Abg. Pauli vertritt den Wahlkreis seit dem Jahre 1893.

Wo die Handwerkskammern ihr Geld lassen, das zeigt als klassisches Beispiel der soeben erschienene Jahresbericht der Handwerkskammer zu Insterburg für 1904. Danach wurden in dem Berichtsjahr 29 600 Mk. verbraucht, darunter als Bestand aus dem

Vorjahr 1000 Mark und als Beiträge 25 600 Mark. Wieviel von diesen nahezu 30 000 Mk. sind nun für praktische Förderung des Handwerks ausgegeben worden? Zur Einrichtung und Abhaltung von Meisterkursen wurden 6000 Mk., zur Aufwendung für gemeinnützige, gewerbliche Zwecke (Fachschulen, Lehrlingsheim) 500 Mk. verwandt. Von den noch verbleibenden 23 100 Mk. wurden rund 2350 Mk. erpart. Das gesamte übrige Geld, also mehr als 20 000 Mk., wurde für die Führung der Geschäfte verausgabt. In welcher Weise dabei verfahren wurde, ergeben folgende Posten: Für Kanzleiarbeiten und zu sonstigen Bureauzwecken 2600 Mk., zu Reisekosten und Tagegeldern des Vorsitzenden bzw. seines Stellvertreters sowie des Sekretärs der Handwerkskammer 2300 Mk., Kosten der Vollversammlungen, der Sitzungen des Vorstandes und der Ausschüsse der Handwerkskammer sowie Reiseentschädigungen für die Mitglieder des Vorstandes 3300 Mk., Entschädigung für den Vorsitzenden 2000 Mk., Entschädigung für den Kassierer 900 Mk. Dabei sind noch ein Sekretär und ein Assistent mit 3500 bzw. 1440 Mk. angestellt. Mehr als zwei Drittel der Einnahmen gehen also für die Organisation darauf, für praktische Förderung des Handwerks selbst ist wenig mehr als ein Fünftel vorhanden.

Die von der internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern eingesezte Kommission für den Erlass eines Phosphorverbots in der Zündholzfabrication stimmte der Unregelung zu, mit der Einschränkung, daß das Inkrafttreten des Verbotes an gewisse Bedingungen geknüpft würde.

Welchen Kalamitäten der Land Lehrer noch auf dem Lande ausgesetzt ist, beweist folgender Fall, der sich der "Ostsee-Ztg." zu folge in einem Dorfe des Regierungsbezirks Köslin ereignet hat. Der Rittergutsbesitzer in dem betreffenden Dorfe hatte eine Treibjagd veranstaltet, als Treiber sollten auch Schul Kinder fungieren, und diese erschienen bei dem Lehrer, um Urlaub zu erbitten, der ihnen jedoch verweigert wurde, da von der königlichen Regierung die Urlaubserteilung zwecks Teilnahme als Treiber bei Jagden verboten ist. Am nächsten Tage erschien der Gutsförster, auch jetzt mußte der Urlaub verweigert werden. Darauf schrieb der Rittergutsbesitzer persönlich an den Lehrer und verlangte Urlaub für die Kinder zu "landwirtschaftlichen Arbeiten". Der Lehrer antwortete in einem Schreiben, daß er in diesem Falle die Benutzung zur Treibjagd mit der landwirtschaftlichen Arbeit identifizieren müsse, und verweigerte den Urlaub. Darauf kündigte der Rittergutsbesitzer dem Lehrer den Mittagstisch, den er bis dahin mit dem Inspektor zusammen erhalten hatte, bei den anderen Beamten erhielt er auch nichts und selbst die Tagelöhner würden ihm schwerlich etwas verabfolgt haben. Nachdem der Lehrer in drei Tagen kein Mittagessen erhalten hatte, wandte er sich an die königliche Regierung mit dem Esuchen, ihn zu versetzen, welchem Wunsche auch entsprochen worden ist.



Rußland.

Dass die Zahl der Opfer bei den Unruhen in Schitomir verhältnismäßig gering ist, ist, so schreibt der "Reg.-B.", den energischen Maßnahmen zuzuschreiben, die die Regierung zur Unterdrückung und zur Verhütung von Unruhen ergriffen hat. Bereits seit dem 21. April haben die Juden in Schitomir eine herausfordernde Haltung an den Tag gelegt; so gebrauchten sie z. B. das Bild des Kaisers als Ziel für Schießübungen. Dem Ministerium des Innern, so fährt das Blatt fort, liegt eine Reihe von Berichten über von Juden auf der Straße gegen Christen verübte tödliche Beleidigungen vor. Der Minister des Innern habe den Gouverneuren vorgeschrieben, neben energischen Maßnahmen auch dem gutgesinnten Teil der Juden nahezulegen, daß sie im In-

teresse der jüdischen Massen ihre in den politischen Kampf hineingezogenen Glaubensgenossen vor einer Feindschaft erzeugenden herausfordernden Haltung gegen die Christen warnen mögen. — Ein recht eigentümliches Skriptum.

Attentat auf ein Pulvermagazin. Aus Schtschutschin (Gouv. Lomsha) wird vom Donnerstag gemeldet: Gestern nach verübten bewaffneten Personen einen Anschlag auf das Pulvermagazin des 4. Donkosaken-Regiments, augenscheinlich in der Absicht, dasselbe in die Luft zu sprengen. Trotz energischer Verfolgung gelang es den Tätern zu entkommen.

Ermordung eines Gendarmerieoberst. Am Donnerstag wurde in Nischni-Nowgorod, der aus dem Theater heimkehrende Gendarmerie-Oberst Greshner am Eingang seines Hauses durch Revolvergeschüsse ermordet; der Wächter des Hauses wurde schwer verletzt. Der Mörder wurde ergreissen, er nennt sich Edelmann Nikoforow.

Frankreich.

Die französische Flotte trifft, wie amtlich bekannt gegeben wird, am 7. August in Portsmouth ein, wo sie bis zum 18. August verbleiben wird.

Der russisch-japanische Krieg.

Neue Scharmützel in der Mandchurei.

Ein Telegramm des Generals Lenewitsch an den Zaren meldet: Am 7. d. M. wurden unsere Vorposten auf der Linie Podyschne-Schiljin von feindlicher Kavallerie angegriffen;

die Japaner wurden unter Kreuzfeuer zurückgeschlagen. Am 8. d. M. erneuerte des Feind seinen Versuch, unsere Vorposten nach Norden zurückzudrängen, aber ohne Erfolg. Eine russische Kavallerieabteilung drang am 9. Mai bis zu den von den Japanern besetzten Minen von Schahezy vor. Durch Artilleriefeuer und eine Umgehungsbewegung wurden die Japaner gezwungen, sich auf das Dorf Siniyan zu zurückzuziehen. Nachdem sie auch aus diesem Dorfe vertrieben waren, gingen sie bis zu dem Dorf Madiopa zurück.

Die Vereinigung der russischen Flotten erfolgt.

Kapitän Mountford, Kommandant des englischen Dampfers „Coromandel“, ist aus Hongkong in Singapore angekommen und teilt mit, daß er am vorigen Montag, den 8. Mai, um $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags, eine russische Flotte von 22 Kriegsschiffen in der Wanfong-Bucht, an der Küste von Annam, gesehen hat. Die Kriegsschiffe waren innerhalb der französischen Territorialgewässer geankert und nahmen Kohlen von 10 Kohlendampfern ein. Die Flotte erkannte der Kapitän Mountford als diejenige, welche Admiral Roschdestwensky kommandiert. Sieben Stunden später, um $\frac{1}{2}$ abends, traf dann der „Coromandel“ ein anderes Geschwader in der Nähe des Cap Padaran. Diese Schiffe waren zweifellos das dritte Geschwader unter Nebogatow. Die Vereinigung der beiden Flotten scheint also am Dienstag früh an der Küste von Annam, etwa 100 Kilometer nördlich vom Cap Padaran, stattgefunden zu haben. Jetzt beschäftigt man sich mit der Frage, was die Gesamtflotte unternommen hat während der drei Tage nach der Vereinigung, wohin dieselbe segelt und welche Aussichten auf eine baldige Schlacht vorhanden sind.

Das russische Wladiwostokgeschwader röhrt sich in einer für Japan recht bedenklichen Weise. Kürzlich machten russische Torpedoboote eine Streife und kaperten zwei armelige japanische Segelschiffchen. Jetzt meldet das „Bureau Reuter“ vom Donnerstag aus Tokio: Es wird bestätigt, daß am 9. d. Mts. zwei russische Kriegsschiffe, wahrscheinlich „Rossija“ und „Gromoboi“ auf der Höhe von Uomori gewesen sind; seit dem 9. sind sie nicht mehr gesehen worden. Anscheinend haben sie keinen japanischen Küstenfahrer aufgebracht. Uomori in der Provinz Mutsu ist ein Ort, der in der Tsugaru-Straße liegt, die aus der Japanischen See in den Stillen Ozean führt. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, so schreibt die „Boss. Ztg.“, daß der Admiral Skrydlow die Panzerkreuzer „Gromoboi“, „Rossija“ und die Torpedobootezerstörer von Wladiwostok dem Admiral Roschdestwensky entgegenzuführen versucht. Die Jahreszeit ist zu einem Ausbrechen aus Wladiwostok durchaus günstig; der Kuro-Siwo, die warme äquatoriale Strömung, dringt in die Japanische See ein und erzeugt bei ihrem Zusammentreffen mit den kalten Strömungen jene breiten Nebel, die in diesen Monaten gerade vorherrschend sind. Auch bei dem Einlaufen in die Tsugaru-Straße kann der Admiral Skrydlow, der schon einmal im vergangenen Sommer die Straße glücklich mit dem Wladiwostok-Geschwader passiert hatte, durch diesen Umstand begünstigt worden sein.

Ein chinesisches Kabel durchschnitten.

Telegramme aus Hongkong berichten, die chinesischen Behörden hätten die amtliche Bestätigung erhalten, daß das Kabel zwischen der Insel Hainan und dem Festlande seit drei Wochen abgeschnitten ist. Ein Dampfer, welcher mit der Reparatur beauftragt ist, hat die Gegend inspiziert, ohne russische Schiffe wahrzunehmen.

Friedensbemühungen.

Der Daily Telegraph meldet, daß Präsident Roosevelt seine Bemühungen, einen Friedensschluß herbeizuführen, fortsetzt. Er hat sich darüber informiert, welche Bedingungen der russischen Regierung und welche Bedingungen den neutralen Mächten angenehm sein würden. Die von der russischen Regierung gewünschten Friedensbedingungen schließen jedoch jede Aussicht auf einen baldigen Friedensschluß aus.

Kuropatkins Hoffnungen.

General Kuropatin äußerte dem „L.A.“ zufolge zu dem Kriegskorrespondenten der „Twee Wremja“ unter anderem, er bedauere, daß Mukden seinerzeit nicht früher aufgegeben wurde, wie er doch bestimmt habe. Sein Gefühl zum Rückzuge sei nicht rechtzeitig ausgeführt worden, ebenso wie die Maßnahmen, die zur Verhütung des Durchbruchs der Japaner am Hunho vorgesehen waren. Kuropatin äußerte dabei, daß verschiedene Kommandeure ihn gebeten hätten, mit dem Rückzuge noch zu warten. Selbst der Durchbruch am Hunho hätte keine entscheidende Bedeutung gehabt, zumal er mit kleinen Streitkräften ausgeführt wurde, wenn die ganze Armee auf den vorgeschriebenen Wegen zurückgegangen und jenes Detachement rechtzeitig vorgerückt wäre, welches den von Süden vordringenden Feind überfallen und erdrücken sollte. Kuropatin hofft unbedingt auf den endlichen Sieg. Einen schwachen Frieden würde Russland niemals abschließen.

Culmsee, 12. Mai. Gestern fand eine Revision der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr und der städtischen Pflichtfeuerwehr durch den Verbandsvorstand Stadtbaudirektor Witt aus Graudenz statt. Unter dem Kommando des Verbandsvorständen wurden Ordnungsübungen, Steigübungen usw. vorgenommen. Der Übung wohnten bei Branddirektor Glaubitz-Graudenz, Landrat Dr. Meister, Thorner Bürgermeister Hartwich sowie das Magistrats- und Stadtvorordnetenkollegium.

Gollub. 12. Mai. Ein blutiges Verbrechen wurde am Dienstag auf russischer Seite auf dem Wege von Dobrzyn nach Rypin verübt. Der 45jährige jüdische Kaufmann Luz aus Dobrzyn hatte von einem Besitzer einen Posten Getreide gekauft; hierbei brachte ein Arbeiter des Besitzers 30 Pf. Erbsen für sich auf die Seite. Als Luz das Fehlen der Erbsen bemerkte und von dem Besitzer Ersatz verlangte, stellte sich der Dieststahl heraus. Hierüber aufgebracht, fasste der Arbeiter einen blutigen Racheplan. Er bat Luz um Mitnahme mit dessen Fuhrwerk und ermordete ihn unterwegs. Ein anderer Arbeiter, der den Mörder vom Wagen springen und das Fuhrwerk führerlos weitergehen sah, hielt den Wagen an und entdeckte dann den in Säcke verpackten Leichnam des Kaufmanns. Der Mörder wurde ergreissen. Luz hinterläßt 10 unversorgte Kinder.

Briesen, 12. Mai. Der russisch-polnische Arbeiter Anton Bartnikowski in Orlowo, der an den schwachen Pocken erkrankt war, ist daran gestorben.

Schweiz, 12. Mai. Der katholische Pfarrer Zyra in Dritschmin hat den Molkereipächter K. zur Anzeige gebracht weil er das Gerücht verbreitete, daß er in angebrunnenem Zustande zur Kirche gegangen sei. Vor dem Amtsgericht versuchte K. sich zu entschuldigen, indem er dies aus dritter Hand erfahren haben will. Er wurde mit 5 Mark bestraft.

Schweiz, 12. Mai. Kürzlich meldete der Schuhmacher Grajewski aus Nieder-Sartowitz auf dem hiesigen Standesamt den Tod seiner Frau unter lautem Weinen und Klagen an. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die Frau noch lebt und der angegebene Wohnort nicht stimmt. Vor dem Richter bestritt er, den Todesfall zur Anzeige gebracht zu haben, trotzdem er dem Standesbeamten gegenübergestellt, sofort von demselben erkannt wurde. Endlich war es den eifrigsten Bemühungen des Gendarmen gelungen, den Grajewski zu einem Geständnis zu bewegen. Derselbe gedachte sich durch den Tod seiner Frau einen pekuniären Vorteil zu verschaffen.

Pr. Stargard, 12. Mai. Vom Blitz erschlagen wurde am Montag der 27 Jahre alte Sohn des Besitzers Johann Zieman in Dombrowken. Er war der einzige Sohn seiner Eltern. — Die neue Eisenbahnstrecke Pr. Stargard-Schönbeck wurde am heutigen Freitag landespolizeilich abgenommen. Vertreter der Regierung und der Eisenbahndirektion Danzig nahmen daran teil.

Saalfeld, 12. Mai. Unser Elektrizitätswerk ist am 1. Mai d. J. von der Stadtgemeinde Saalfeld im Wege der Zwangsversteigerung für das Meistgebot von 750 Mark käuflich erworben worden. Da die Stadt das Werk mit 65 000 Mark beilehnen hat, so stellt sich die Erwerbssumme unter Hinzurechnung fälliger Zinsen ic. auf etwa 66 000 Mk. Die Erweiterungsbauten sollen 15 000 Mark kosten.

Marienwerder, 12. Mai. Behufs

Stellungnahme zu der Ausgestaltung der Weichselbrücke bei Marienwerder fand eine Stadtverordnetensitzung statt. Der Gesetzentwurf betr. die Herstellung einer Vollbahn Schmentau-Marienwerder-Riesenburg sieht wohl eine feste Brücke über die Weichsel vor; doch scheint es, daß der Staat diese lediglich als Eisenbahnbrücke ausbauen will, während es der dringende Wunsch der Kreiseingesessenen ist, daß sie eine Vollbrücke werde, also auch für den Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr Platz biete. Hierauf will der Staat nur eingehen, wenn die Beteiligten sich zu einer ihren Interessen entsprechenden Beihilfe entschließen. Der Stadtrat Redakteur Kuhn stellte nun den Antrag, in einer Eingabe das Abgeordneten- und Herrenhaus um Streichung der vorwähnten Bedingung zu bitten. Es würde ein jeder Beschreibung spottender Zustand sein, wenn neben einer festen Eisenbahnbrücke über die Weichsel der Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr nach wie vor auf eine Fähre (bei Kurzebrücke) angewiesen sein sollte, die im Winter drei bis vier Monate vollständig unterbrochen ist. Die Herstellung der Fuhrwerksbahn würde den Staat nicht besonders belasten, weil die Unterhaltung der bisherigen staatlichen Fähre bei Kurzebrücke an Zuflüssen nicht viel weniger kosten würde als die Verzinsung der Mehraufwendungen für die Fuhrwerksbrücke. Zudem wird bezweifelt, daß der Staat die Ausgestaltung der Eisenbahnbrücken über die anderen Ströme Preußens von gleichen Beitragsleistungen abhängig gemacht hat, obwohl diese überall leichter getragen werden könnten als in unserm übermäßig belasteten Osten. Die Versammlung beschloß einstimmig, in Gemeinschaft mit dem Magistrat eine diesbezügliche Eingabe an den preußischen Landtag abzusenden und die Herren Abgeordneten um ihre Fürsprache zu ersuchen.

Danzig, 12. Mai. Heute nacht verstarb plötzlich bei der Arbeit beim Walzwerk auf dem Holm beschäftigte Arbeiter Johann Ostalski, Neuschottland 5 wohnhaft. Der Tod ist bei dem 50 jährigen Manne wahrscheinlich infolge Herzschlag eingetreten. Auf besonderen Wunsch der Frau wurde die Leiche nach der Beaufsichtigung geschafft.

Danzig, 12. Mai. Die Eröffnung der Tagung der Schiffbautechnischen Gesellschaft findet am 22. Mai in der Aula der Technischen Hochschule statt. — Selbstmord verübt in seiner Wohnung der bereits 70jährige Postdirektor a. D. Max Kaempf wegen eines langwierigen schweren Leidens, das einem hoffnungslosen Ausgang zufiel.

Dr. Krone, 12. Mai. Von der Eisenbahn überfahren. Vorgestern wurde auf dem Westbahnhof der Schulknabe Müller aus Döberitzfelde überfahren. Der Knabe war im Begriff, in den Zug der Staatsbahn Schneidemühl-Stargard einzusteigen, als der Zug der Kleinbahn Dr. Krone-Virchow einfiel. Die Maschine stieß den Jungen um und überfuhr ihn. Durch die unter den Wagen hängenden Kästen wurde er sehr schwer verletzt und mußte in das hiesige Krankenhaus gebracht werden.

Hohenalza, 12. Mai. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich heute hier ereignet, indem das mit jungen Pferden bespannte Fuhrwerk des Mühlensitzers Koppe das drei Jahre alte Kind des Arbeiter Bialke, Thorner Chaussee Nr. 51, so unglücklich überfuhr, daß das Kind sofort tot war. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet und die Leiche beschlagnahmt worden. Für den Kutscher wird die Sache zweifellos noch ein gerichtliches Nachspiel im Gefolge haben.



LOKALES

Thorn, 13. Mai.

— Einen Staatszuschuß von 900 Mark hat der Handelsminister für die Fortbildungsschule des Kaufmännischen Vereins in Elbing für das laufende Jahr bewilligt. Die Stadt zahlt an die Anstalt 300 Mark, die hiesige Kaufmannschaft einen Zuschuß von 200 Mark.

Lehrergehälter. Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses erledigte eine Reihe von Petitionen. Die Petition um Gehaltserhöhung für die Volksschullehrer der kleinen Städte und Landgemeinden in Westpreußen wurde der Regierung als Material überwiesen.

Neues Papiergele. Der Berliner Korrespondenz zufolge, geht dem Reichstage in den nächsten Tagen eine Vorlage zu, wodurch die Reichsbank zur Ausgabe kleiner Banknoten im Werte von fünfzig und zwanzig Mark ermächtigt wird. Der Entwurf trägt einem wesentlichen Bedürfnisse nach Vermehrung der kleinen Wertzeichen Rechnung. Die neuen Noten werden in den im Bankgesetze bezeichneten Betrag der im Umlauf befindlichen Banknoten eingerechnet, so daß die bankge-

setztlich vorgeschriebene Deckung sich auf sie mit erstreckt, und der metallische Grundcharakter des deutschen Gelbumlaufs durch die Notenausgabe in keiner Weise berührt wird. Die Fünfzig- und Zwanzig-Marknoten werden im Verkehr die Stelle der entsprechenden Reichskassenscheine vertreten, es ist daher in Aussicht genommen, die Kassenscheine über fünfzig und zwanzig Mark einzuziehen und an ihrer Stelle solche von fünf und zehn Mark treten zu lassen.

Vaterländischer Frauenverein. Die 39. Mitgliederversammlung und die Delegiertenversammlung des Preußischen Gesamtverbandes der Vaterländischen Frauenvereine findet am 15. und 16. Juni in Berlin statt, und zwar in Gegenwart der Kaiserin.

Vereinigter Handlungshilfen-Ausschuss der Stadt Thorn. In einer gestern abend im Pilgerstattgefundenen ordentlichen Versammlung wurde seitens des Schriftführers Bericht über den gegenwärtigen Stand der 8 Uhr-Ladenöffnungsbewegung in Thorn erstattet. Eschien waren Vertreter des Ortsvereins des Vereins der Deutschen Kaufleute, des Kreisvereins des Verbandes Deutscher Handlungshilfen und der Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungshilfen-Verbandes, seitens des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte war niemand erschienen. Zur Verleitung gelangte darauf ein Schreiben des Vorstandes des hiesigen Kaufmännischen Vereins (Principale), dem zufolge seitens dieser Corporation zwei Listen (eine für Mitglieder und eine für Nichtmitglieder) infolge Beschlusses ihrer Generalversammlung in Umlauf gesetzt sind, um weitere Unterschriften für Herbeiführung einer zweiten allgemeinen Abstimmung der beteiligten Ladeninhaber zwecks vollständigen 8 Uhr-Ladenöffnisses zu erhalten. Die jetzt bestehende Einrichtung des Ladenöffnisses um 8 und 9 Uhr für die verschiedenen Branchen führt zu großen Unzuträglichkeiten und öffnet einem wüsten Denuncianten Tür und Tor, so soll es vorgenommen sein, daß fast sämliche Thorner Schuhwarenhändler bereits infolge Anzeige der Konkurrenz wegen Übertragung des 8 Uhr-Ladenöffnisses bestraft sind. Hoffentlich zeitigt diese zweite Abstimmung noch bessere Erfolge als die erste! Aus der Mitte der Versammlung wurde noch angezeigt, Schritte zur Herbeiführung einer Sonntagsruhe für den Großbetrieb (Kontor) und Beschränkung der Sonntagsarbeit in Ladengeschäften zu tun. Durch Verlegung des Hauptgottesdienstes von 9–11 auf 10–12 Uhr würde das Kaufbedürfnis schon vor dem Gottesdienst zum größten Teile befriedigt werden können, sodass eine Arbeit nach 12 Uhr in Ladengeschäften in Fortfall kommen könnte, wodurch die Handlungshilfen und die Principale den Sonntag fast ganz für sich haben würden. Von einem Eintreten für diese Forderung wurde aber noch Abstand genommen, da die kirchlichen Behörden, s. B. die vor kurzem in Danzig tagende ost- und westpreußische Synode, sich für Einführung der vollständigen Sonntagsruhe aussprach und diese Körperschaft, wenn die Sache reif ist, machtvoller für diese segensreiche Forderung eintreten kann, als die Handlungshilfenvereine.

Pontonbrücke über die Weichsel. In der Zeit vom 26. Mai bis 7. Juni d. J. wird auf der Weichsel dicht unterhalb der Fährstelle bei Kurzebrücke eine Ponton-Brücke geschlagen werden, die mehrere Tage, zum Teil auch bei Nacht, liegen bleiben soll. Die Übungsstelle wird oberhalb und unterhalb durch Wachtposten kenntlich gemacht sein.

Aus dem Theaterbüro. Heute Sonnabend, den 13. Mai, abends $7\frac{1}{2}$ Uhr zum letzten Male: „Cavalleria rusticana“ und „Der Bajazzo“. Sonntag, den 14. März cr. nachm. 3 Uhr (bei halben Preisen). „Der Waffenschmied.“ Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr „Tannhäuser“ oder „Der Sängerkrieg auf der Wartburg“ große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Dienstag, den 16. Mai „Margarethe“ (Faust) Oper in 5 Akten nach Goethe von Jules Barbier und Michel Carré. Musik von Ch. Gounod. Mittwoch: „Undine“ romantische Zauberoper in 4 Aufzügen, Dichtung und Musik von Albert Lortzing. Donnerstag: Eine Wiederholung. Freitag, den 19. Mai „Die Jüdin“ große Oper in 5 Akten von Eugen Scribe. Musik von Halevy. Sonnabend: Eine Wiederholung. Sonntag, den 21. Mai, nachmittags „Martha“ abends: „Die Hugenotten.“ Montag: Eine Wiederholung. Schluß der Monatsoper am Montag, den 22. Mai.

Das Promenadenkonzert wird morgen bei günstiger Witterung von der Kapelle des Westpr. Pionier-Bataillons Nr. 17 auf dem Neustädtschen Markt abgehalten.

Gefälschte Invalidenquittungskarten, von denen wir vor einigen Monaten an dieser Stelle berichteten, sollen so zahlreich im Umlauf sein, daß Abwehrmaßregeln geboten erscheinen. Die Quittungskarten werden lediglich zu dem Zwecke gefälscht, leichter Arbeit zu erhalten. Weil die Karte mit der laufenden Nummer Eins den Verdacht der Arbeitslosigkeit wachruft, wird die Ziffer durch Änderung oder meist durch Hinzufügen einer Null gefälscht. Infolge des guten Kontrollverfahrens bei den Versicherungsanstalten ist mit solcher Quittungskarte unverdiente Invalidenrente nicht herauszuholen. Zahlreiche Personen, denen die Fälschung nachgewiesen werden konnte, sind in den letzten Jahren wegen Urkundenfälschung mit Gefängnis bestraft worden. Gewalttätere Arbeitnehmer vernichten aber die Karte, sobald sie vollgeklebt ist, lassen sich unter der Ausrede, die alte Karte verloren zu haben, immer wieder eine Karte Nummer Eins ausstellen und begehen eine weitere Fälschung. Der einfachste Weg, diese Fälschungen auf ein Minimum zu beschränken, ist der, den Bordruck auf der Quittungskarte so zu ändern, daß die Nummer hinter der Ziffer in Klammern auch noch mit Buchstaben eingetragen werden kann. Die Versicherungsanstalten erledigen durch die Fälschungen keinen Schaden, sie

